

**SIGNATARTAGUNG DER VERWALTUNGEN VON
ÖSTERREICH, BELGIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK,
DEUTSCHLAND, FRANKREICH, UNGARN, DEN
NIEDERLANDEN, KROATIEN, ITALIEN, LIECHTENSTEIN,
LITAUEN, LUXEMBURG, POLEN, RUMÄNIEN, DER
SLOWAKISCHEN REPUBLIK, SLOWENIEN UND DER
SCHWEIZ**

Berlin, 2003

**Vereinbarung
zwischen den Verwaltungen von
Österreich,
Belgien,
der Tschechischen Republik,
Deutschland,
Frankreich,
Ungarn,
den Niederlanden,
Kroatien,
Italien,
Liechtenstein,
Litauen,
Luxemburg,
Polen,
Rumänien,
der Slowakischen Republik,
Slowenien
und
der Schweiz**

**über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 MHz und 39,5 GHz für den festen
Funkdienst und den mobilen Landfunkdienst**

PRÄAMBEL

Die Vertreter der vertragschließenden Verwaltungen von

Österreich, Belgien, der Tschechischen Republik, Deutschland, Frankreich, Ungarn, den Niederlanden, Kroatien, Italien, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien und der Schweiz;

im Folgenden Verwaltungen genannt, die sich im November 2003 zu einer Signatartagung in Berlin versammelt haben, um gemäß Artikel 6 der Vollzugsordnung für den Funkdienst eine Vereinbarung über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 MHz und 39,5 GHz zu schließen,

haben bei der Unterzeichnung der Schlussakten bei dieser Tagung oder in Anwendung der Bestimmungen von Artikel 2 Absatz 2 Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Der Wortlaut der in der Anlage zu diesen Schlussakten enthaltenen Vereinbarung, als Vereinbarung 2003 bezeichnet, wird angenommen.

Artikel 2

2.1. Die in der Anlage enthaltene Vereinbarung tritt am 28. November 2003 in Kraft und ist nur zwischen den Verwaltungen, die diese Schlussakten unterzeichnet haben oder die der Vereinbarung nach ihrem Inkrafttreten gemäß den Bestimmungen ihres Artikel 7 beigetreten sind, verbindlich.

2.2. Eine Verwaltung, die auf dieser Plenartagung nicht unterzeichnen konnte oder nur unter dem Vorbehalt einer Bestätigung unterzeichnet hat, kann spätestens bis zum 28. Februar 2004 auf dem Korrespondenzwege unterzeichnen oder ihre Unterzeichnung bestätigen. Mit Ausnahme des Vorbehalts der Ratifikation muss die Unterzeichnung ohne Vorbehalt erfolgen. Die geschäftsführende Verwaltung unterrichtet alle Verwaltungen, die nicht an dieser Plenartagung teilgenommen haben, über diese Möglichkeit. Jede Verwaltung, die von diesem Verfahren Gebrauch machen möchte, unterrichtet entsprechend die geschäftsführende Verwaltung, die umgehend die erforderlichen Maßnahmen für die Unterzeichnung auf dem Korrespondenzwege einleitet.

Artikel 3

Die geschäftsführende Verwaltung teilt dem Generalsekretär der Internationalen Fernmeldeunion den Abschluss und den Inhalt dieser Vereinbarung mit.

Artikel 4

Aus der Anwendung der Bestimmungen der Vereinbarung 2003 durch die Verwaltungen folgt von Seiten dieser Verwaltungen keinerlei Stellungnahme bezüglich der Souveränität eines Landes oder eines Hoheitsgebietes.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten unterzeichneten Vertreter der Verwaltungen die Urschrift dieser Schlussakten in englischer, französischer und deutscher Sprache unterzeichnet; die Urschriften werden im Archiv des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, das jeder Verwaltung eine Abschrift übermittelt.

Geschehen zu Berlin am 28. November 2003